

Guten Abend liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Sie zu meinem heutigen Vortrag. Zunächst einmal möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich bei den Veranstaltern für die Einladung herzlich bedanken, bei der lieben Frau Klein, Herrn Wyszecki vom Forum für Willkommenskultur, bei Frau Lieser, Herrn Ziefle und Herrn Zahn.

Es ist mir eine Ehre liebe Kolleginnen und Kollegen der Willkommensinitiative, durch diesen Vortrag manche Aspekte meines Lebens mit Ihnen zu teilen.

.....

Anschließend wurden wir gezwungen den Iran zu verlassen. Im Dez. 1986 reiste ich mit meinem Mann und unserem ersten Kind nach Deutschland aus.

In meinen Aufenthaltsjahren in Deutschland habe ich neben anderen Verpflichtungen mein soziales Engagement und den Kampf gegen Unterdrückung, mit Betonung auf liberal-demokratische Werte und für Menschenrechte weiterhin fortgesetzt. In diesen Jahren bin ich Mitglied in 20 verschiedenen deutschen und internationalen Zivilgesellschaften gewesen und habe dort 13 Ämter bekleidet. Vor allem habe ich die Dienste der deutschen Gesellschaft wertgeschätzt, die mir eigentlich in meinem Ursprungsland verwehrt wurden. Ich habe den Willen gehabt, diese Dienste zurück zu erweisen und neben dem beruflichen auch im bürgerrechtlichen Bereich in meiner neuen Heimat eine Rolle zu spielen.

Beim Vergleich der aktuellen Ankommens-Situation mit der in den 80er Jahren ist zum Glück eine drastische positive Änderung zu verzeichnen. Dazu haben maßgeblich, folgende Faktoren beigetragen.

In Zeiten der Rot-Grün-Regierung wurde uns im Jahre 2000 die deutsche Staatsbürgerschaft verliehen. Somit wurden die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Lockerung oder Abschaffung der sozialen Ungleichheiten und asymmetrischen Machtbeziehungen zwischen den Neugekommenen und Deutschen gesetzlich verankert. Bis dahin hatten wir als Ansässige in Deutschland alle Pflichten einer Bürgerin oder eines Bürgers wie bei der Zahlung der gleichen Steuer, etc. gehabt aber viel weniger Rechte als sie im politischen und gesellschaftlichen Leben. Die Politik hat dann nicht mehr die Ausgrenzungs- und Marginalisierungsprozesse der Neugekommenen vertreten.

Zugleich wurde durch die Europäische Union die Rechtsangleichung aller Bürger festgeschrieben. Die Politik in Deutschland hat versucht durch die Integration der Neugekommenen diese Rechtsangleichung umzusetzen und zum Aufbau einer moderneren Gesellschaft beizutragen.

Des Weiteren ist die Wirtschaft auf Arbeitskräftemangel und Folgen des demografischen Wandels mehr aufmerksam geworden und hat auf dessen Ausgleich durch Nutzung aller Potenziale der Gesellschaft, unter anderem der qualifizierten Neugekommenen, gedrängt. Die Aufhebung oder Minderung des Zeitraums der Vorrangprüfung ist ein erreichtes Ziel in diesem Zusammenhang.

Beim Festlegen der angemessenen rechtlichen Rahmenbedingung ist auf ihren Einfluss auf den Diskurs in der Gesellschaft hinzuweisen. Die Macht und der Diskurs sind immer miteinander verwoben. Dabei interagieren ein sprachlicher Aspekt, nämlich der Diskurs selbst und ein nicht sprachlicher Aspekt, nämlich die Umgebung, wie die politischen Institutionen. Der Diskurs schließt die Form und den Inhalt von Äußerungen mit ein. Dessen Inhalt wird durch relevante Institutionen in der Gesellschaft umgesetzt und so zeichnet sich der Machteffekt des Diskurses aus.

Beispielsweise haben der Diskurs „Wir schaffen es“ und die relv. rechtlichen Rahmenbedingungen ein hohes Aktualitätspotenzial und Relevanz zu den Maßgaben der EU und ihren vereinten Märkten sowie Verhältnissen des 21. Jahrhunderts gehabt. Unsere Tätigkeiten in Willkommensinitiative haben viel zu dem Definieren der symmetrischen Machtverteilungen, dem Herbeiführen eines integrativen Diskurses, der Bereicherung der Atmosphäre und zur Schau Stellen der Hilfsbereitschaft der Menschen sowie Perspektivenwechsel in der Gesellschaft beigetragen.

Darüber hinaus sind die Institutionalisierung der Ehrenamtsarbeit und Zuweisung der Ressourcen und Ausstattungen weitere Neuigkeiten der neuen Jahre. Die relv. organisatorischen Rahmenbedingungen haben maßgeblich zur Integration der Geflüchteten in Form von Organisation von Bildung, Berufseinstieg, Wohnort oder anderen Bedürfnissen der Neugekommenen beigetragen. Durch diese Einsatzgebiete verteidigen die Akteure die Menschenrechte der Neugekommenen.

Neben den erzielten Erfolgen bzgl. der gesetzlichen Rahmenbedingungen, des Diskurses und der Institutionalisierung der Ehrenamtsarbeit soll der Kommunikation mit Neugekommenen große Beachtung geschenkt werden.

Der Faktor Interkulturalität kommt in diesem Zusammenhang zum Tragen. Dazu reicht nicht eine vermehrte Aufgeschlossenheit der Einheimischen im Vergleich zu den 80er Jahren und Anwendung einer allgemein gültigen Formel, sondern viel mehr ein individuelles Handhaben der Kommunikation mit Neugekommenen. Generell gilt, dass eine allgemeine Herangehensweise eine Überforderung oder ein geeignetes Umgehen oder eine Unterstellung der Neugekommenen herbeiführen kann. In der Praxis der Akteure wird mehrfach die Tendenz "nicht zu viel wollen von Neugekommenen" empfohlen. Das ist natürlich gut gemeint, aber genau eine solche allgemeine Herangehensweise ist bei einer neu gekommenen kompetenten Person, sehr kritisch und eine Unterstellung. Alles in allem ist von einer allgemeinen Umsetzung dieser Herangehensweise abzuraten.

Bei zwischenmenschlicher Komponente ist ein kompetenzorientiertes und kultursensibles Konzept zu erarbeiten. Dabei ist dringend darauf zu achten, aus welchem familiären Verhältnis, Wissensstand, welcher gesellschaftlichen Schicht und Lebenserfahrung eine Person stammt. Die Fluchtgründe sind unterschiedlich. Manche Menschen kommen aufgrund ihrer politischen Überzeugungen und Aktivitäten zu uns. Andere haben sich aus wirtschaftlicher Not auf den Weg zu uns gemacht. Das Beachten der Diversität der Hintergrundkulturen und möglichst Miteinbeziehen der eigenen zivilisatorischen Tradition der Neugekommenen kann zu den Erfolgen bei ihrer Integration in unsere Gesellschaft führen. Dabei ist auf Genderaspekt zu achten.

Lösungsvorschläge zur dieser interkulturellen Kommunikation sind:

- bewusst Mischgruppen von Betreuerinnen bilden und auf diese Weise die Zusammenarbeit der Einheimischen mit Migranten und Migrantinnen auf allen Ebenen gestalten.
- Vermeiden, dass die Entscheidungsträger Deutsche sind und die Neugekommenen Ausführende der einfachen Arbeiten.
- Keine Leitkultur seitens Deutschen verwenden. In Praxis erscheint

sie meistens als herabschauend gegenüber Migrantinnen und Migranten.

- Der Kommunikation Zeit geben und bewusst durch manche Maßnahmen wie Workshops die Möglichkeiten schaffen, beidseitige Kulturen kennenzulernen, sodass die Zurückhaltung, Ordnung und gesetzeskonformes Verhalten der Deutschen seitens Migranten und Migrantinnen verstanden und aufgenommen werden sowie relv. zivilisatorische Tradition der Neugekommenen ebenfalls erkannt wird. Auf einer Seite kennen die Neugekommenen die Strukturen und internen Prozederen eines Rechtsstaats, den Wert von Individualismus und die relv. Standards in westlicher Kultur nicht und auf der anderen Seite werden wir Zeit und Möglichkeit finden die Hintergründe der Neugekommenen individuell kennenzulernen. Diese Herangehensweise verhindert die Komplikationen oder Verhärtung der Vorurteile und Fronten. Nochmals ist ein individuelles und kompetenzorientiertes sowie kultursensibles Konzept zu erarbeiten und anzuwenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die gesamten Änderungen deuten auf eine drastische Verbesserung der Aufnahme und Integration der Neugekommenen in die deutsche Gesellschaft, im Vergleich zu der Situation in den 80er Jahren, als ich nach Deutschland kommen musste, hin. Dies heißt natürlich nicht, dass die aktuelle Situation komplikationsfrei oder nicht optimierungsbedürftig ist. Manchmal laufen manche Schritte sogar rückwärts. Wir sollen aber das Erreichte Wert schätzen, seine Optimierung weiter konzipieren, organisieren und dafür kämpfen.

Aber unabhängig davon, mit welcher Erwartung Sie an Ihre Zukunftsaufgaben herangehen werden, kann ich nur dafür plädieren:

BITTE WEITER SO! IHRE ARBEIT IST GROßARTIG.

Ich danke Ihnen vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

Soheila Sattari
Köln, den 14.12.2017